

Rechenschaftsbericht

Mai 2014 bis Juni 2016

**22. Ordentliche Bundeskonferenz
der Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen (ASF)**

Mehr! Respekt, Gerechtigkeit, Solidarität

17. bis 19. Juni 2016

Messe Magdeburg

Inhaltsverzeichnis

Politische Rahmenbedingungen – Situation in der SPD	1
Rückblick: ASF-Bundeskonferenz 2014 „Zeit zum Leben – Zeit zum Arbeiten“	3
Aus der Bundesvorstandsarbeit	3
Allgemein	3
Vorstandssitzungen	4
Projektgruppen	6
SPD-Bundesparteitage und Parteikonvente	7
Gleichstellungsbericht 2015	9
Frauen im neuen Parteivorstand	9
Aktionen	9
150.Geburtstag Luise Zietz	9
BarCamp aller AGen #digitalLeben	10
Deutscher Evangelischer Kirchentag	10
Fachgespräch „Geflüchtete Frauen und Mädchen“	10
Matinee zum Jubiläum 20 Jahre Weltfrauenkonferenz in Peking	11
Fachgespräch „Reproduktionsmedizin/ Social Freezing“	11
Bundesparteitag vom 10. bis 12. Dezember 2015 in Berlin	11
Senatsfrühstück aus Anlass des 75. Geburtstags von Christa Randzio Plath	12
ASF-Veranstaltungen zum Thema Geschlechterparität bei Wahlen	12
Internationaler Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen“	13
Internationaler Frauentag	13
Equal Pay Day – Tag der Entgeltgleichheit	14
Zusammenarbeit der ASF mit bzw. Vorstandsarbeit in anderen Organisationen	14
Sozialistische Fraueninternationale (SIW)	14
Ständiger Ausschuss Frauen in der Sozialdemokratischen Partei Europas	14
Deutscher Frauenrat	16
UN Women – Nationales Komitee Deutschland e.V.	17
Marie-Schlei-Verein	18
Materialien/ Publikationen	18
Vertretung der ASF bei Veranstaltungen Dritter (Auswahl)	19

1. Politische Rahmenbedingungen – Situation in der SPD

Die Arbeit der ASF im Berichtszeitraum war bundespolitisch geprägt von der Großen Koalition mit der Union. Nach acht Jahren des Stillstands und Rückschritts in der Gleichstellungspolitik hat die SPD endlich wieder die Zuständigkeit für die Frauenpolitik übernommen und mit Manuela Schwesig eine engagierte Bundesfrauenministerin. Gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales, das von Andrea Nahles geführt wird, und dem Justizministerium unter der Leitung von Heiko Maas sind die Schlüsselressorts für eine gute Gleichstellungspolitik in sozialdemokratischer Hand.

Viele langjährige ASF-Forderungen konnten in dieser Legislaturperiode bereits umgesetzt werden. Der Mindestlohn kommt insbesondere Frauen zugute. Das ElterngeldPlus und das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege sind wichtige Schritte hin zu einer Familienarbeitszeit.

Das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ ist ein Meilenstein in der Geschichte der SPD: Über 30 Jahre hat die ASF ein Quotengesetz für die Privatwirtschaft und den Öffentlichen Dienst gefordert. Auch wenn es sich dabei nun nicht um die ASF-Forderung in Reinkultur handelt, ist dies ein historischer Schritt, der die Tür öffnet für eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Quotengesetzes auf mehr Unternehmen (mitbestimmte oder börsennotierte Unternehmen) und mehr Gremien (Vorstände und die 2 Ebenen unterhalb der Vorstandsebene). Wichtig waren der SPD, dass es keine Ausnahmen gibt und dass eine sehr harte Sanktion vorgesehen ist („Leerer Stuhl“). Das Ziel der ASF bleibt die paritätische Besetzung von Führungspositionen.

Wie schon beim Gesetz für mehr Frauen in Führungspositionen und beim Mindestlohn ist der **Widerstand von CDU/CSU und Wirtschaft** auch beim Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit groß. Die ASF hat sich nicht nur zum Equal Pay Day für das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit stark gemacht und mit Flyern und Öffentlichkeitsarbeit das Vorhaben der Bundesfrauenministerin unterstützt.

Nicht erst die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten haben die Diskussion innerhalb und außerhalb der SPD um die dringend notwendige **Reform des Sexualstrafrechts** entfacht. In diesem Zusammenhang hat die ASF den Aufruf #ausnahmslos unterzeichnet – eine Initiative junger Feministinnen, die sich gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus wendet. Die ASF fordert schon seit langem eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts nach dem Grundsatz „Nein heißt Nein“. Die Aufnahme dieses Grundsatzes in den § 177 StGB sowie die umfassende Regelung der sexuelle Belästigung im Strafrecht wird derzeit im parlamentarischen Verfahren umgesetzt.

Bereits im Juli 2014 hat sich die ASF-Bundesvorsitzende mit einem Brief an Bundesjustizminister Heiko Maas gewandt und ihn aufgefordert, entsprechend der Beschlusslage der ASF-Bundeskonzferenz 2014 das Sexualstrafrecht umfassend zu reformieren. Da der im Kabinett beschlossene Gesetzentwurf nicht ausreicht, setzt sich die ASF gemeinsam mit der Frauen Union für weitere Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren ein, damit jede nicht-einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe gestellt und ein Straftatbestand der sexuellen Belästigung aufgenommen wird. Nach einer gemeinsamen ExpertInnen-Anhörung im Bundestag und gemeinsamer Pressearbeit der ASF und der Frauen Union haben sich die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU/CSU

für eine umfassende Reform ausgesprochen – ein Erfolg für die überparteiliche Zusammenarbeit der Frauen.

Einen absoluten Tiefpunkt im Verhältnis zur SPD hat die ASF auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 in Berlin mit ihrem Antrag zu Ermöglichung der **Doppelspitze** erfahren. Die ASF-Bundeskonferenz 2014 hatte beschlossen, die Satzung der SPD so zu ändern, dass eine paritätisch besetzte Doppelspitze ermöglicht wird, wenn dies gewünscht ist. Die ASF hat im Vorfeld des Bundesparteitags viele Unterstützerinnen und Unterstützer für ihren Vorschlag gewinnen können.

Während sich der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel und die Stellvertretende Vorsitzende Manuela Schwesig vorab für den Vorschlag der ASF ausgesprochen haben, positionierten sich die meisten Landes- und Bezirksvorsitzenden dagegen. Die ASF hat eine eigene Facebook-Seite für die Doppelspitze erstellt und Postkarten und Buttons verteilt. Doch die „Debatte“ zum Antrag der ASF beim Bundesparteitag 2015 hat gezeigt, dass die SPD noch nicht einmal reif für eine inhaltliche Diskussion über eine Modernisierung ist. Bereits nach wenigen Wortbeiträgen wurde Schluss der Debatte beantragt, so dass ein Austausch von Argumenten nicht möglich war.

Des Weiteren fanden im Berichtszeitraum mehrere **Kommunal- und Landtagswahlen** statt: Kommunalwahlen in Bremerhaven 2015 und in Hessen 2016; Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen 2014, in Hamburg und Bremen 2015, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt 2016. Dabei standen für die ASF die fehlende paritätische Besetzung vieler (auch SPD-geführter) Landesregierungen sowie der extrem niedrige Frauenanteil in einigen Landesparlamenten wie etwa Baden-Württemberg im Vordergrund. Als positives Beispiel ist die Landesregierung in Rheinland-Pfalz zu nennen: Bereits im Zuge der Kabinettsumbildung im November 2014 hat Malu Dreyer ihr Kabinett zu 75 Prozent mit Frauen besetzt. Auch nach der erfolgreichen Landtagswahl im März 2016 besteht das Kabinett in Rheinland-Pfalz aus 5 Ministerinnen und 4 Ministern. Als Negativbeispiel ist Brandenburg zu nennen: Von 8 Ministerposten sind nur 3 mit Frauen besetzt. Nur 2 der 6 SPD-geführten Ministerien werden von Frauen geführt.

Der geringe Frauenanteil in einigen Landesparlamenten hängt entscheidend vom **Wahlrecht** ab. Dort wo reine Listenwahl stattfindet, ist der Frauenanteil am höchsten. Aufgrund des Einstimmenwahlrechts ist Baden-Württemberg weiterhin Schlusslicht: Nur knapp ein Viertel der baden-württembergischen Landtagsabgeordneten sind weiblich. Eine Projektgruppe des SPD-Parteivorstands zur Geschlechterparität („Parité“) im Wahlrecht, die die ASF-Bundesvorsitzende zusammen mit Michael Groschek geleitet hat, hat die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform bestätigt.

Doch auch dort, wo es Listenwahlen gibt, ist die **Durchsetzung der Quotenregelung** häufig immer noch mangelhaft. In Niedersachsen kam es sogar zu einem Rückschritt: Der Landesparteitag in Niedersachsen hat im April 2016 mit überwältigender Mehrheit beschlossen, den „harten“ Reißverschluss aufzuweichen und die alte 5-er-Päckchen-Regelung (alternierend, aber jeder 5. Platz variabel) in die Satzung aufzunehmen. ASF-Bundesvorstand und -Bundesausschuss kamen zu dem Ergebnis, dass dies die 40%-Mindestquote nicht in jedem Fall sicherstellt und beschlossen, gegen den Beschluss des Landesparteitags der SPD Niedersachsen ein Statutenverfahren einzuleiten.

Im Berichtszeitraum musste sich die ASF auch mit der **AfD** und ihrem Einzug in zahlreiche Landesparlamente auseinandersetzen. Gerade das Frauenbild der AfD erfordert von der ASF, sich auch im 21. Jahrhundert immer wieder aktiv gegen diese frauenfeindlichen Bestrebungen zu stellen und für eine moderne Gleichstellungspolitik einzutreten.

2. Rückblick ASF-Bundeskonferenz 2014 „Zeit zum Leben – Zeit zum Arbeiten“

Die 21. Ordentliche ASF-Bundeskonferenz fand vom 20. bis 22. Juni 2014 in der Stadthalle in Karlsruhe statt. Sie stand unter dem Motto „Zeit zum Leben – Zeit zum Arbeiten“.

Die Antragskommission unter Vorsitz der stellvertretenden ASF-Bundesvorsitzenden Evelyne Gebhardt, MdEP hatte den Delegierten ein gut strukturiertes Antragsbuch vorgelegt. Die Schwerpunkte der Konferenz lagen neben mehr Partnerschaftlichkeit und einer neuen Zeitpolitik auf Gleichstellung in der SPD und sexuelle Selbstbestimmung.

Unterstrichen wurden die Schwerpunkte der Konferenz durch hochkarätige Gäste. Dazu zählten unter anderem die Bundesfrauenministerin und Stellvertretende Parteivorsitzende, Manuela Schwesig, die SPD-Generalsekretärin, Yasmin Fahimi, sowie Berlins Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat.

Die Vorsitzende der SPE-Frauen, Zita Gurmai, hielt eine flammende Rede über den europäischen Kampf um die Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Berliner Finanzstaatssekretärin, Dr. Margaretha Sudhof, machte in ihrem Vortrag deutlich, dass Gender Budgeting ein kraftvolles Instrument der Gleichstellungspolitik ist, das auf allen staatlichen Ebenen, auch auf der europäischen, angewandt werden muss. Die spanische Europaabgeordnete, Ines Alaya Sender, hat in ihrem Impulsvortrag die Verschärfung des Abtreibungsrechts in Spanien als massiven Eingriff in die weibliche Selbstbestimmung kritisiert.

Elke Ferner wurde mit großer Mehrheit – mit 93,7 Prozent – als Bundesvorsitzende wiedergewählt. Als Stellvertreterinnen wurden Agnes Allroggen-Bedel, Evelyne Gebhardt und Eva Brackelmann gewählt.

In ihrer Rede lobte die Bundesvorsitzende die weitreichenden im Koalitionsvertrag enthaltenen frauenpolitischen Forderungen. Nach jahrelangem Stillstand und Rückschritt in der Gleichstellungspolitik sei es wichtig, dass SPD die Zuständigkeit für die Gleichstellungspolitik auf Bundesebene wieder übernommen hat. Die ASF müsse die Arbeit der Großen Koalition konstruktiv aber auch kritisch begleiten.

3. Aus der Bundesvorstandsarbeit

3.a) Allgemein

Der 2014 gewählte Bundesvorstand hat weiterhin mit den Auswirkungen der Parteireform zu kämpfen. Durch die fehlende inhaltliche Zuarbeit durch den Parteivorstand kommt es zu Informations- und Reibungsverlusten. Die Abgrenzung zwischen organisatorischer und inhaltlicher Unterstützung ist in der Praxis schwierig und klappt häufig nicht. Dadurch wird die Arbeit des ehrenamtlichen Vorstandes erschwert und verkompliziert. In mehreren Gesprächen mit der (alten und neuen) Generalsekretärin konnte hier keine Verbesserung erzielt werden.

Der Bundesvorstand hat seit der letzten Bundeskonferenz 13-mal getagt und mehrere Telefonschaltkonferenzen durchgeführt. Diese waren bei kurzen und schnellen Entscheidungen durchaus zielführend, können aber kein Ersatz für tatsächlich

stattfindende Vorstandssitzungen sein. Auf einer zweitägigen Klausur des Bundesvorstands mit externer Moderation wurde die Bundeskonferenz 2016 vorbereitet und die Anforderungen der ASF an das Wahlprogramm 2017 erarbeitet. Der Bundesausschuss hat im Berichtszeitraum 4-mal getagt.

Neben der internen Arbeit spielte der Austausch mit Fachpolitikerinnen und -politikern der SPD auf den verschiedenen Ebenen eine ebenso große Rolle wie der Meinungs- und Informationsaustausch mit Gewerkschaftskolleginnen, Vertreterinnen von Frauenverbänden, Wissenschaftlerinnen und anderen Expertinnen. So konnten Positionen ausgetauscht, Themen der ASF transportiert, neue Impulse gegeben und aufgegriffen werden.

3.b) Vorstandssitzungen

26.9.2014

Konstituierende Sitzung

Gespräch mit Maria Noichl, MdEP, Mitglied im Ausschuss für Frauen und Gleichberechtigung (FEMM)

Rückblick ASF-Bundeskonferenz

Arbeitsweise des neuen ASF-Bundesvorstandes

28.11.2014

Planungen 2015/2016

Konstituierung von Projektgruppen

Vorbereitung Internationaler Frauentag 2015

6.2.2015

Vorbereitung Equal Pay Day 2015

Diskussion zum Thema Sterbehilfe

Unterstützung der Petitionen von Pinkstinks gegen sexistische Werbung und der Kampagne gegen Sexismus in der BILD-Zeitung

20.3.2015

Gespräch mit Alexander Bercht, Büroleiter der Generalsekretärin, über die organisationspolitischen Neuordnung und das Organigramm des Parteivorstands
Ergebnisse der Frauenrechtskommission in New York

Diskussion zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung des Kopftuchverbots

Vorbereitung der Sitzung mit Sigmar Gabriel am 24.4.2015

Nominierung der ASF-Bundesvorsitzenden als Mitglied des SPE-Vorstands

Vorbereitung Bundeskonferenz 2016

24.4.2015

Gespräch mit Sigmar Gabriel – Diskussion zum Thema Rüstungsexportkontrolle und SPD weiblicher machen

Befassung mit an den Bundesvorstand überwiesene Anträge der Bundeskonferenz

Auswertung der Wahl in Hamburg

Vorbereitung BuKo 2016

Vorbereitung der ASF-Anträge zum Parteikonvent

Öffentlichkeitsarbeit des Bundesvorstands

Vorbereitung des Fachgesprächs zum Thema „Geflüchtete Frauen“ mit externen Expertinnen im Rahmen des Bundesausschusses am 13.6.2015

12.6.2015

Vorbereitung Bundesausschusses am 13.6.2015 (Fachgespräch zum Thema „Geflüchtete

Frauen“, Befassung mit an den Bundesausschuss überwiesene Anträge der Bundeskonferenz)
Vorbereitung Bundesparteitag 2015
Vorbereitung Bundeskonferenz 2016
Vorbereitung der ASF-Anträge zur Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats im November 2015
Vorbereitung der Jubiläumsveranstaltung zu „20 Jahre Weltfrauenkonferenz in Peking“ am 5.9.2015 in Mainz

4.9.2015 in Mainz

Vorbereitung der ASF-Anträge zum Bundesparteitag 2015
Internes Streitgespräch zum Thema Kopftuchverbot
Vorbereitung Bundesausschuss am 5.12.2015

30.9.2015 Telefonschaltkonferenz

Thema: ASF-Anträge zum Bundesparteitag 2015

16.10.2015

Gespräch mit Verfassungsexperten Prof. Dr. Waldhoff zum Thema Sonderrechte der Kirchen
Vortrag von Sabine Gilleßen zum Thema asf@digital
Vorbereitung des Bundesparteitags 2015, insbesondere Aktionen der ASF
Vorbereitung geplanter ASF-Veranstaltungen (Fachgespräch zum Thema „Reproduktionsmedizin/ Social Freezing“ mit externen Expertinnen im Rahmen des Bundesausschusses am 5.12.2016, Veranstaltung zu Parité in Hannover)

25.11.2015 Telefonschaltkonferenz BuVo + Landes- und Bezirksvorsitzende

Doppelspitze

4.12.2015

Vorbereitung des Bundesparteitags 2015
Vorbereitung des Fachgesprächs zum Thema „Reproduktionsmedizin/ Social Freezing“
Vorbereitung des Bundesausschusses (überwiesener Antrag der Bundeskonferenz zur Abschaffung der Sonderrechte der Kirchen)
Vorbereitungen für den Internationalen Frauentag 2016

8.1.2016

Diskussion zu den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht u.a. in Köln
Nachbearbeitung des Bundesparteitags 2015
Vorbereitung der Bundeskonferenz 2016
Diskussion zum Thema Frühehen/Ehemündigkeit in Deutschland
Öffentlichkeitsarbeit des Bundesvorstands
Haushaltsplanungen

26./27.2.2016 Klausur

Vortrag von Judith Kerschbaumer, ver.di, zum Thema Alterssicherung von Frauen und Diskussion
Perspektivdebatte
ASF-Materialien zum Internationalen Frauentag/ EPD
Vorbereitung der Sitzung mit Katarina Barley am 15.4.2016
Vorbereitung der Bundeskonferenz 2016 mit externer Moderatorin
Themensammlung für die Erarbeitung des Wahlprogramm mit externer Moderatorin

15.4.2016

Gespräch mit Katarina Barley – Kennenlernen und Diskussion zum Verhältnis ASF/SPD
Gemeinsame Initiative mit der Frauen Union zur Reform des Sexualstrafrechts
Öffentlichkeitsarbeit des Bundesvorstands

21.5.2016 Telefonschaltkonferenz

Thema: Vorbereitung Bundeskonferenz 2016

17.6.2016

Vorbereitung Bundeskonferenz

3.c) Projektgruppen

Seit Mitte 2010 ist beim ASF-Bundesvorstand die Projektgruppe „Frieden und Sicherheit“ aktiv. Des Weiteren wurden im Berichtszeitraum Projektgruppen zu folgenden Themen gebildet: „Parität bei Wahlen“, „Wie können wir mehr Frauen für die ASF gewinnen“ und „Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung“.

Projektgruppe „Frieden und Sicherheit“

Die Projektgruppe „Frieden und Sicherheit“ beim ASF-Bundesvorstand, aktiv seit Mitte 2010, besteht aktuell aus: Cornelia Östreich, Agnes Allroggen-Bedel, Bettina Marquis und – für europapolitische Konsultationen – Evelyne Gebhardt. „Zugeschaltet“ bleiben die früheren Vorstandsmitglieder Wally Röhrig und Bergit Fleckner-Olbermann.

Wichtigstes Thema für Anträge und Pressemitteilungen blieb die Frage der deutschen und europäischen Rüstungsexporte. Dazu fand am 24. April 2015 im Rahmen einer ASF-Bundesvorstandssitzung ein Gespräch mit Sigmar Gabriel statt – auch und vor allem in seiner Eigenschaft als Bundeswirtschaftsminister.

Wesentliche Punkte dieses Gesprächs:

- Sigmar bekräftigte seine Absicht zur Reduzierung von Rüstungsexporten aus deutscher Produktion – insbesondere in Länder, welche Frieden und Menschenrechte nicht garantieren.
- Dennoch wirke die großzügige Vergabep Praxis früherer Regierungen nach. Solche Verträge seien „im Prinzip“ abzuarbeiten, könnten aber bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen auch außer Kraft gesetzt werden. (Beispiel: Stopp von Panzerlieferungen an Saudi-Arabien 2014.)
- Es könne nicht um die bloße Senkung von Verkaufssummen gehen: „Kleinwaffen“ wie Maschinengewehre seien weit weniger teuer als z.B. Kriegsmarine, aber ungleich gefährlicher in den Händen von Terroristen und irregulären Armeen. Deutschland müsse den Export solcher Waffen entschieden zurückfahren.

Vor diesem Hintergrund kritisieren wir, dass aktuell (Mitte März 2016) erneut Rüstungsexporte in erheblichem Umfang in den arabischen Raum genehmigt worden sind. Diese Region ist – nach dem zeitweiligen Eingreifen Russlands in den Syrienkonflikt und angesichts der fortdauernden Flüchtlingskrise – weniger stabil denn je; und die ursprünglich zwischen Rot-Grün vereinbarten „Politischen Grundsätze“ schließen Waffenlieferungen in akute Krisengebiete aus. Außerdem hat gerade Saudi-Arabien zu Beginn des Jahres mit einer Häufung von Todesurteilen erneut eklatant gegen Menschenrechte verstoßen.

Frühere Forderungen der ASF nach Abrüstung, Transparenz bei Waffenexporten und eine stärkere Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen (im Sinne der UN-Resolution 1325) wurden auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 in den außenpolitischen Leitantrag der SPD eingearbeitet.

In sieben Pressemitteilungen (Stand Mitte 2014-März 2016) nahmen wir zu aktuellen außenpolitischen Entwicklungen Stellung. Dazu gehörten bereits in 2015 mehrere

Einreden gegen Waffenlieferungen in Krisengebiete, wo ASF nicht konform mit der Bundesregierung ging.

Mitglieder der Projektgruppe sind zurzeit auch aktiv beim Flüchtlingsthema – insbesondere was den Schutz und die Integration von Frauen angeht -, das ja mit Frieden und Sicherheit auf der Welt eng zusammenhängt. Weitere Mitglieder halten Kontakt zu MdBs und Organisationen, die sich mit Fragen von Außen- und Sicherheitspolitik befassen.

In Zukunft suchen wir unsere Kontakte in der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen, z.B. über das Bundesaußenministerium und den Marie-Schlei-Verein.

4. SPD-Bundesparteitage und Parteikonvente

Eine Reihe von Anträgen, die von der ASF eingebracht bzw. unterstützt wurden, sind von den ordentlichen und außerordentlichen Parteitag und Parteikonventen behandelt worden.

Genau nachzulesen sind sie unter:

<https://www.spd.de/partei/beschluesse/>

Antrag	Beschluss dazu
SPD-Parteikonvent am 30. September 2014	
Digitaler Grundrechtsschutz	überwiesen an Programmbeirat beim SPD Parteivorstand und SPD-Parteitag
Fracking	überwiesen an SPD-Fraktion
TTIP	überwiesen an SPD-Parteivorstand, SPE, SPD-Bundestagsfraktion
25 Jahre Mauerfall	erledigt durch Annahme einer Resolution zur Friedlichen Revolution
SPD-Parteikonvent am 20. Juni 2015	
Initiativantrag Öffnung der Ehe jetzt (gemeinsam mit Jusos und Schwusos)	angenommen idF der Antragskommission
SPD Bundesparteitag am 10.-12. Dezember 2015	
Rüstungsexporte verbieten	erledigt durch Annahme anderer Anträge

Zeit für Frauen, Zeit für Familie, Arbeit, Leben	erledigt durch Annahme anderer Anträge
Pflegeberufe aufwerten	überwiesen an Parteikonvent
Solidarische Flüchtlingspolitik	erledigt durch Annahme anderer Anträge
Geflüchtete Frauen und Mädchen besser schützen	erledigt durch Annahme anderer Anträge
Öffnung der Ehe jetzt (gemeinsam mit Jusos und Schwusos)	überwiesen an Parteikonvent
Sexualstrafrecht reformieren	überwiesen an Parteikonvent
Forderungen für Missbrauchsoffer	überwiesen an Parteikonvent
Umgang mit Vergewaltigungsoffern	überwiesen an Parteikonvent
Digitaler Grundrechtsschutz	überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion, SPE
Rollenbildern in den Medien	angenommen und überwiesen an netzpolitische Kommission
Paritätische Doppelspitze ermöglichen	abgelehnt
Stabilisierung/ Anhebung Rentenniveau	überwiesen an Parteikonvent
Geschlechterparität im deutschen Wahlrecht sicherstellen	überwiesen an Parteikonvent

SPD-Parteikonvent 5. Juni 2016

Pflegeberufe aufwerten	Überwiesen an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017
Geschlechterparität im deutschen Wahlrecht sicherstellen	Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion und Parteivorstand (Organisationspolitische Kommission)
Öffnung der Ehe jetzt (gemeinsam mit Jusos und Schwusos)	Angenommen
Sexualstrafrecht reformieren	Angenommen
Forderungen für Missbrauchsoffer	Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Umgang mit Vergewaltigungsoffern	Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion
Stabilisierung/ Anhebung Rentenniveau	Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion für Erarbeitung Wahlprogramm 2017

Gleichstellungsbericht 2015

Turnusgemäß legte die ASF-Vorsitzende Elke Ferner dem ordentlichen Bundesparteitag den Gleichstellungsbericht für die Zeit von November 2013 in Leipzig bis Oktober 2015 vor: Auch wenn die Mitgliederzahlen in der SPD weiter rückläufig waren, ist der Frauenanteil leicht gestiegen auf nunmehr 31,84 Prozent. Dem Parteivorstand gehören zur Zeit 14 Frauen an, was einer Quote von 40 Prozent entspricht.

Auf den ordentlichen Bundesparteitagen liegt der Frauenanteil unter den Delegierten regelmäßig über 40 Prozent. In fast allen Delegationen wurde die 40-Prozent Marke erreicht. Spitzenreiter war auf diesem Parteitag die 9-köpfige Delegation des Bezirks Nord-Niedersachsen mit 66,6 Prozent. Echte Parität, also 50:50 erreichten Brandenburg, Bremen und Sachsen-Anhalt. Nur der Landesverband Nordrhein-Westfalen mit 38,8 Prozent und der Bezirk Hessen-Süd blieben unter der 40-Prozent-Marke. Dies ist umso bedauerlicher, da die beiden Gliederungen zusammen fast ein Drittel der Delegierten stellen.

Unverändert werden nur vier Landesverbände und Bezirke von Frauen geführt, Nordrhein-Westfalen durch Hannelore Kraft, Sachsen-Anhalt durch Katrin Budde, Nord-Niedersachsen durch Petra Tiemann und Weser-Ems durch Johanne Modder. Nur knapp 23 Prozent der Unterbezirke und Kreisverbände werden von Frauen geführt. Auf Ortsvereinsebene finden sich nur 19 Prozent weibliche Vorsitzende.

Auch im Jahre 2015, 27 Jahre nach dem Quotenbeschluss von Münster ist die Mindestquote von 40 Prozent immer noch nicht überall erreicht. Die Vorstände aller Ebenen der Partei sind verpflichtet, die Quotierung zu beachten und durchzusetzen. Und sie müssen auch aktiv dafür sorgen, dass ausreichend Frauen für Funktionen, Mandate, Kommissionen usw. zur Verfügung stehen. Gezielte Schulungs- und Bildungsmaßnahmen und Mentoringprojekte leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Überlegungen zur Änderung des Wahlrechtes oder Änderungen des Statuts, um eine Doppelspitze zu ermöglichen, müssen debattiert werden. Jetzt, zur Halbzeit der Wahlperiode, können im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 wichtige Weichen gestellt werden, damit die SPD ihr Profil als Partei für Frauen deutlich schärfen kann. Die Einhaltung der Quotierung ist dafür eine Grundvoraussetzung.

Frauen im neuen Parteivorstand

Der neue Parteivorstand wurde auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2015 gewählt. Von 25 Beisitzer_innen sind 10 Frauen. Auch die ASF-Vorsitzende Elke Ferner ist wieder zur Beisitzerin gewählt worden. Von 13 Präsidiumsmitgliedern sind 6 Frauen: die stellvertretenden Vorsitzenden Hannelore Kraft, Manuela Schwesig und Aydan Özoğuz, die Generalsekretärin Katarina Barley, sowie Doris Ahnen und Ute Vogt als Beisitzerinnen. Seit 2016 wurde die Stelle der Bundesgeschäftsführerin mit Juliane Seifert besetzt.

5. Aktionen

150.Geburtstag Luise Zietz – Kranzniederlegung am 25. März 2015

Am 25. März 1865 wurde Louise Zietz geboren. Louise Zietz war die erste Frau, die in den SPD-Parteivorstand gewählt wurde. Sie gehörte zu den Vorkämpferinnen in der SPD, die vielen anderen Frauen den Weg in die Politik bereitet haben.

Gemeinsam mit dem SPD-Parteivorstand würdigte die ASF Louise Zietz mit einer Kranzniederlegung am 25. März 2015 auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, an dem auch die ASF-Bundesvorsitzende teilnahm.

BarCamp aller AGen #digitalLeben am 25. April 2015

Am 25. April 2015 fand in der Kalkscheune in Berlin ein BarCamp aller Arbeitsgemeinschaften statt. Auch mehrere Mitglieder des ASF-Bundesvorstandes nahmen daran teil. Das BarCamp war Teil der Kampagne #digitalLEBEN. Im Rahmen der Kampagne sollten die Ideen und Meinungen der SPD-Mitglieder zum Thema Digitalisierung aufgegriffen werden und in das SPD-Grundsatzprogramm für die digitale Gesellschaft einfließen, das auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 beschlossen wurde.

In zahlreichen Sessions wurden verschiedene Themen rund um die digitale Agenda diskutiert. Vor allem das Thema Vorratsdatenspeicherung hat die Debatten in den Sessions dominiert.

Deutscher Evangelischer Kirchentag 3.-7. Juni 2015 in Stuttgart

Die SPD war wieder mit einem Stand des „Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD“ vertreten, an dem sich traditionsgemäß ASF und Jusos beteiligten.

Trotz extremer Hitze ergaben sich zahlreiche interessante Gespräche und Begegnungen, auch Parteiprominenz besuchte den Stand und diskutierte mit den Besucherinnen und Besuchern. Dabei ging es oft um schwierige Themen, wie „Vorratsdatenspeicherung“ oder Sterbehilfe. Auch dieses Mal zeigte es sich, wie wichtig es ist, außerhalb von Wahlkämpfen und in der offenen Atmosphäre des Kirchentags die Positionen der SPD vertreten und sich kritischen Fragen stellen zu können.

Für den ASF-Bundesvorstand war Agnes Allroggen-Bedel an allen drei Tagen am Stand, zeitweise verstärkt durch Ioanna Zakarakis.

Fachgespräch „Geflüchtete Frauen und Mädchen“ am 13. Juni 2015

Im Rahmen der Bundesausschusssitzung am 13. Juni 2015 organisierte der Bundesvorstand ein Fachgespräch zum Thema „Geflüchtete Frauen und Mädchen“. Hintergrund für das Fachgespräch war der Beschluss der ASF-Bundeskonzferenz 2014 „Duldungsrecht für Schwangere“, der an den Bundesvorstand überwiesen wurde mit der Maßgabe, das Thema (weibliche) Flüchtlinge, Asyl, Fluchtursachen intensiver zu behandeln.

Als externe Expertinnen waren Ülker Radziwill Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Soziales, und Figen Brandt, Vorstandsfrau von DaMigra – Dachverband Migrantinnenorganisationen geladen. Mit den Fachfrauen wurden insbesondere Fragen zu den speziellen Bedürfnissen von Frauen und Mädchen bei der Unterbringung und der Gesundheitsversorgung diskutiert.

Die Ergebnisse des informativen Fachgesprächs wurden in Anträge der ASF zur Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats im November 2015 und zum Bundesparteitag im Dezember 2015 aufgenommen und erfolgreich eingebracht.

Matinee zum Jubiläum 20 Jahre Weltfrauenkonferenz in Peking in Mainz am 5. September 2015

Vor 20 Jahren kamen tausende Frauen aus aller Welt in Peking bei der vierten – und bislang letzten – Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen zusammen. Die Aktionsplattform von Peking war ein Meilenstein in der Geschichte der Frauenrechte weltweit.

Anlässlich dieses Jubiläums veranstaltete der ASF-Bundesvorstand am 5. September 2015 in Mainz eine Matinee mit dem Titel „Starke Frauen für eine starke Welt“. Nach einer Eröffnungsrede der Bundesvorsitzenden hielt die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Rheinland-Pfalz Doris Ahnen, MdL, ein Grußwort. Für die anschließende Diskussionsrunde konnten wir hochkarätige Expertinnen gewinnen wie Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins, die rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete Jaqueline Rauschkolb und Karin Nordmeyer, Vorsitzende des Deutschen Komitees von UN Women.

Neben persönlichen Berichten über die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 ging es vor allem um die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking und die gleichstellungspolitischen Herausforderungen in Deutschland und weltweit.

Die Veranstaltung im Haus am Dom in Mainz wurde musikalisch umrahmt von Alexandra Maas (Akkordeon).

Fachgespräch „Reproduktionsmedizin/ Social Freezing“ am 5. Dezember 2015

Ein an den ASF-Bundesvorstand überwiesener Antrag der ASF-Bundeskonzferenz 2014 zur Reproduktionsmedizin hat den Bundesvorstand veranlasst, zu diesem Thema ein Fachgespräch durchzuführen. Das Fachgespräch „Reproduktionsmedizin und Social Freezing“ fand am 5. Dezember 2015 in Berlin statt. Der ASF-Bundesvorstand und der ASF-Bundesausschuss diskutierten dabei mit folgenden Expertinnen: Annegret Nimbs, Referentin der SPD Bundestagfraktion, Katja Sander, Deutscher Juristinnenbund, und Dr. Claudia Schuhmann, Arbeitskreis Frauengesundheit und Vizepräsidentin der Deutschen Gesellschaft für psychosomatische Frauenheilkunde und Geburtshilfe.

So konnte dieses ja auch sehr emotionale Thema von medizinischer, juristischer und politischer Seite betrachtet und diskutiert werden. Trotz der hohen Fachlichkeit der Expertinnen war es für die anwesenden Bundesvorstands- und Bundesausschussmitglieder nicht möglich, dieses komplexe Thema abschließend zu beraten und einen einheitlichen Meinungsstand herzustellen. Es ist aber an der Zeit, die bisherigen Positionen angesichts der vielfältigen Entwicklungen zu überprüfen oder zu bekräftigen. An dieser Diskussion sollten sich möglichst viele Frauen in der SPD beteiligen. Deshalb legt der ASF-Bundesvorstand für die diesjährige Konferenz einen Antrag zur Beschlussfassung vor, mit dem alle Gliederungen der ASF aufgefordert werden, sich mit konkret genannten Fragestellungen zu befassen, so dass spätestens bei der nächsten ASF-Bundeskonzferenz eine informierte Debatte und Beschlussfassung über die Reproduktionsmedizin erfolgen kann.

Bundesparteitag vom 10. bis 12. Dezember 2015 in Berlin

Mehrere aktive ASF-Mitglieder waren sowohl beim Bundesparteitag als Delegierte ihrer Landesverbände vertreten. Beobachterin für die ASF beim Bundesparteitag war Agnes Allroggen-Bedel.

Der Antrag „Paritätische Doppelspitze ermöglichen“ wurde durch den ASF-Bundesvorstand intensiv vorbereitet. So wurde eine eigene Facebook-Seite erstellt und Ansteck-Buttons und Postkarten verteilt. Zudem konnten Unterstützer_innen das „Doppelspitze jetzt“-Logo als PicBadge in ihr Profilbild bei Facebook und Twitter einfügen, mit dem jede und jeder bereits seine Zustimmung signalisieren konnte. Prominente Mitglieder unserer Partei haben vorab in Statements die Bedeutung einer Doppelspitze dargelegt.

Am Parteitag wurde der Antrag am späten Abend vor dem Parteiabend aufgerufen. Eine Diskussion dazu war kaum möglich und von vielen nicht gewollt. Bereits nach wenigen Wortbeiträgen wurde Schluss der Debatte beantragt und der Antrag wurde abgelehnt. Wir können und wollen uns damit nicht zufrieden geben. Die SPD fordert für die Wirtschaft mehr Frauen in Führungspositionen und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt. Da kann die SPD sich mit ihrer Satzung nicht ausschließen, damit macht sie sich unglaubwürdig. Deshalb muss weiterhin eine intensive Debatte hierzu in allen Gliederungen geführt werden.

Sehr viele Anträge wurden aus Zeitmangel an den nächsten Parteitag bzw. -konvent überwiesen, darunter auch der ASF-Antrag zum Sexualstrafrecht. „Nein heißt Nein“, hier tritt die ASF gemeinsam mit vielen Vereinen und Verbänden für die Umsetzung der Istanbul-Konvention und damit für ein modernes Sexualstrafrecht ein.

Auch beim Bundesparteitag 2015 konnte sich die ASF auf einem Stand präsentieren und die Besucherinnen und Besucher über ihre Arbeit und Themen informieren. Mit Unterstützung der ASF Berlin und Brandenburg wurden am ASF-Stand verschiedenen Aktionen angeboten: Wie bereits beim Bundesparteitag 2013 in Leipzig konnte jede und jeder bei der Aktion „Bohren dicker Bretter für die Gleichstellung“ mit einem Handbohrer den Versuch wagen, ein dickes Brett zu durchbohren. Zudem hatte die ASF zwei Fotoaktionen. Zum einen eine To-Do-Liste zu den Themen, die bei der Gleichstellung bereits erreicht wurden bzw. noch offen sind. Zum anderen eine Suffragetten-Figur, mit der sich die Gäste fotografieren und gleichzeitig ihre individuellen Forderungen auf ein Schild schreiben konnten.

Senatsfrühstück aus Anlass des 75. Geburtstags von Christa Randzio Plath

Aus Anlass des 75. Geburtstags von Christa Randzio-Plath fand am 13. Januar 2016 im Gästehaus des Hamburger Senats ein „Senatsfrühstück“ statt, bei dem Agnes Allroggen-Bedel das Geschenk des ASF-Bundesvorstands überreichte. Olaf Scholz würdigte das gleichstellungspolitische Engagement und die fachlichen Kenntnisse von Christa Randzio-Plath. Er erinnerte auch dran, wie viel Mut es erforderte, frauenpolitische Themen in die Politik einzubringen, trotz Spott und Häme.

<http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4664854/2016-01-13-pr-randzio-plath/>

ASF-Veranstaltungen zum Thema Geschlechterparität bei Wahlen in Hannover und Mannheim

Ein Schwerpunktthema des Bundesvorstands im Berichtszeitraum war „Parität bei Wahlen“. Bereits auf der ASF-Bundeskonzferenz in Bad Godesberg 2010 wurde der Beschluss „Anwendung von Vorgaben zur Geschlechterparität („Parité“) auch bei Wahlen in Deutschland“ gefasst. Der ASF-Antrag wurde zum Bundesparteitag 2011 eingebracht, der den Antrag an den Parteivorstand mit der Maßgabe, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, sowie an die Bundestagsfraktion überwiesen hat.

Die vom Parteivorstand eingesetzte Projektgruppe „Geschlechterparität bei Wahlen“ wurde von der ASF-Bundesvorsitzenden zusammen mit Michael Groschek geleitet. Am

30. November 2015 wurde der Bericht der Projektgruppe im Parteivorstand behandelt. Die Projektgruppe kam zu dem Ergebnis, dass Geschlechtergerechtigkeit bei Wahlen nur mit einer Wahlrechtsänderung erreicht werden kann.

Der ASF-Bundesvorstand hat unter dem Titel „Die Hälfte des Himmels, die Hälfte der Erde – die Hälfte der Parlamente?“ zwei Veranstaltungen organisiert.

Am 29. April 2016 fand die erste Veranstaltung in der Remise der Üstra in Hannover statt, an der neben der ASF-Bundesvorsitzenden die stellvertretende Vorsitzende des Landesfrauenrates Niedersachsen, Sybille Mattfeldt-Kloth, die Juristin Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski und Uta Kletzing, die Leiterin des Geschäftsfeldes Politik und Verwaltung der Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) beteiligt waren. Moderiert wurde die Veranstaltung von Sophia Ulferts-Dirksen, Vorsitzende des ASF-Bezirks Weser-Ems und Mitglied des Landes- und Bundesvorstands der ASF.

Die zweite Veranstaltung fand am 3. Juni 2016 im Gewerkschaftshaus in Mannheim statt. Dr. Claudia Schöning-Kalender, Mitglied im ASF-Bundesvorstand und Stadträtin in Mannheim, hat die Veranstaltung gemeinsam mit der ASF-Bundesvorsitzenden eröffnet. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Agnes Allroggen-Bedel hat für den ASF-Landesverband Rheinland-Pfalz ein Grußwort gehalten. Die Teilnehmerinnen der anschließenden Diskussionsrunde waren neben der Bundesvorsitzenden die Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg, Manuela Rukavina, und die ASF-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Andrea Schiele.

Auf beide Veranstaltungen ging es vorwiegend um die Frage nach den Gründen für den niedrigen Frauenanteil in deutschen Parlamenten und wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Parlamenten sichergestellt werden kann. Insbesondere die Notwendigkeit einer Wahlrechtsänderung in Deutschland wurde mit den Teilnehmer_innen der Veranstaltungen diskutiert.

Internationaler Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen“

Jedes Jahr am 25. November wird der Internationale Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen begangen. Auch 2014 und 2015 hat die SPD auf Initiative der Menschenrechtsorganisation „TERRE DES FEMMES e.V. – Menschenrechte für die Frau“ vor dem Willy-Brandt-Haus eine Fahne mit der Aufschrift „Nein zu Gewalt an Frauen – frei leben ohne Gewalt“ gehisst. 2015 wurde mit einem Banner mit der Aufschrift „Sicherheit und Schutz für geflüchtete Frauen und Mädchen“ zusätzlich auf das Thema Gewalt gegen geflüchtete Frauen und Mädchen aufmerksam gemacht.

Damit hat die SPD gemeinsam mit der ASF bereits zum achten Mal in dieser Form ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt. An der Aktion nahmen in beiden Jahren auch verschiedene Mitglieder des Parteivorstandes und die geschäftsführende Vorstandsfrau von TERRE DES FEMMES, Christa Stolle teil.

Internationaler Frauentag am 8. März

Der **Internationale Frauentag 2015** stand unter dem Motto „Starke Frauen für eine starke Welt. Frauenrechte weltweit“. Schwerpunkt war das 20-jährige Jubiläum der vierten – und bislang letzten – Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking 1995.

20 Jahre nach der erfolgreichen Weltfrauenkonferenz in Peking sind Einkommen und Macht weiterhin ungleich verteilt: Immer noch sind mehr als 70 Prozent der in Armut lebenden Menschen Frauen. Zweidrittel der Analphabeten weltweit sind Frauen und Mädchen. Frauen besitzen nur 10 Prozent des Einkommens und 1 Prozent des

Vermögens weltweit. Nur ein Drittel aller Frauen hat Zugang zu Gesundheitsversorgung. Deshalb forderte die ASF, dass es höchste Zeit für mehr Geschlechtergerechtigkeit sei – in allen gesellschaftlichen Bereichen und überall auf der Welt.

Der **Internationale Frauentag 2016** stand unter dem Motto „Frauen brechen auf“ – in ein Leben frei von Sexismus und Gewalt. Die Übergriffe gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten haben in tragischer Weise gezeigt, worauf die ASF schon seit Langem aufmerksam macht: Sexualisierte Gewalt gegen Frauen muss endlich ernst genommen werden und ist leider auch Teil der deutschen Kultur.

Neben einem Verbot geschlechterdiskriminierender Werbung lagen die Schwerpunkte der ASF auf der dauerhaften Finanzierung der Hilfe- und Beratungseinrichtungen für Frauen und Mädchen (auch für geflüchteten Frauen) und einer umfassenden Reform des Sexualstrafrechts, die den Grundsatz „Nein heißt Nein“ umsetzt und sexuelle Belästigung unter Strafe stellt.

Equal Pay Day

Auch 2015 und 2016 rief die ASF zum bundesweiten „Equal Pay Day“ auf.

Mit vielseitigen Aktionen beteiligte sich die ASF als Mitglied des Deutschen Frauenrats am Aktionsbündnis aus Wirtschaftsverbänden und Frauenorganisationen zum „Equal Pay Day“. Die ASF nutzte den Aktionstag, um auf die vielfältigen Ursachen für die Lohndiskriminierung aufmerksam zu machen.

Viele der ASF-Bundesvorstandsmitglieder nahmen 2015 und 2016 an der zentralen Veranstaltung am Brandenburger Tor in Berlin teil. Mit ihrem Protest stießen die Versammelten auf breite Resonanz nicht nur bei den zahlreich erschienenen Pressevertreterinnen und -vertretern, sondern vor allem bei den vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

6. Zusammenarbeit der ASF mit bzw. Vorstandsarbeit in anderen Organisationen

Sozialistische Fraueninternationale (SIW)

Die Zusammenarbeit mit der SIW wurde auch im Berichtszeitraum weiter gepflegt. Die ASF-Bundesvorsitzende und die SIW-Vorsitzende Ouafa Hajji trafen sich auf mehreren Veranstaltungen Dritter persönlich. Auch wenn die SIW-Vorsitzende an der ASF-Bundeskonzferenz 2014 leider nicht teilnehmen konnte, hat sie Konferenz mit einer Videobotschaft bereichert und ihre Wertschätzung für die ASF zum Ausdruck gebracht.

Ständiger Ausschuss Frauen in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)

Der Neustart für die SPE-Frauen nach der Europawahl bedeutete einerseits eine Fortführung der bisherigen politischen Ziele, die in der Gleichstellungspolitik einen besonders langen Atem erfordern, andererseits war er geprägt von den veränderten politischen Strömungen in der Europäischen Union mit einer wachsenden Entsolidarisierung bei gleichzeitiger Re-Nationalisierung in den nach rechts driftenden Mitgliedsländern mit auseinander fallenden Parteilandschaften. Nach der noch lange nicht überwundenen Finanzkrise und einer wieder aufflammenden Griechenlandkrise haben wir

es nun mit den Nachwehen der Flüchtlingskrise zu tun, welche die EU in einen fatalen Pakt mit der Türkei gezwungen hat, deren Bestand nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten unter der fortschreitenden Maßlosigkeit Erdogans möglicherweise nicht einmal gesichert ist. Das Erstarken rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien oder auch linker Protestbewegungen mischt die politischen Verhältnisse in den Mitgliedsländern auf. In Deutschland ist die SPD durch die AfD erheblich in Bedrängnis gekommen, in Österreich droht die Wahl eines FPÖ-Bundespräsidenten, was zum Rücktritt des Bundeskanzlers und SPÖ-Parteivorsitzenden Faymann geführt hat, in Spanien haben die letzten Wahlen zu Regierungsunfähigkeit geführt, weshalb nun Neuwahlen anstehen, in Ungarn und Polen leben Orban und Kaczynski ihr vordemokratisches Politikverständnis aus. Andere frönen nur ihrem schnöden Egoismus, vom drohenden Brexit mal ganz abgesehen.

Ist Europa also schon verloren? Die Gefahr ist groß, aber sie kann abgewendet werden, wenn die Sozialdemokratie sich auf ihre Kernkompetenzen besinnt: soziale Gerechtigkeit und Solidarität – nicht im nationalen Gegeneinander, sondern in einem neuen Miteinander. Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellungspolitik sind Merkmale dieser Kernkompetenz, die mehr denn je in den Fokus gestellt werden müssen. Die Steuerung durch die SPE-Frauen innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlamentes ist dabei enorm wichtig, wobei die Ausgangspositionen in den Mitgliedstaaten nicht nur nach politischer Farbe unterschiedlich sind.

In den skandinavischen Ländern sind die Gleichstellungsstandards unbestritten hoch, aber in Schweden betragen die Frauenrenten auch nur 60 Prozent der Männerrenten, wie eine Anhörung im Europäischen Parlament ergab. Altersarmut betrifft europaweit ganz überwiegend Frauen. Hier gibt es einen engen Zusammenhang mit den unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Männern und Frauen. Familiär bedingte Berufsunterbrechungen und Jahre der Teilzeitarbeit wirken sich ebenso rentenmindernd auf Frauen aus wie der Gender Pay Gap, der alljährlich auch von den SPE-Frauen öffentlichkeitswirksam inszeniert wird.

Die Strategie Europa 2020 sieht eine gleiche Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen mit jeweils 75 Prozent vor. Diese Marge war bei den Männern 2014 erreicht, bei den Frauen sind es zurzeit erst 63,5 Prozent. Auch das verursacht eine Rentenlücke. Jede Rentendiskussion muss daher dringlich die Belange der Frauen in den Blick nehmen und mit spezifischen Optionen versehen.

Um die Chancen für die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verbessern, müht sich das Europäische Parlament seit Jahren um eine Erweiterung und Modernisierung der Richtlinien zum Mutterschaftsurlaub, zur Elternzeit und einem Väterurlaub, zuletzt in der Plenarwoche im Mai 2016. Widerstand kommt aus dem Rat. Es liegt mit an der SPE, diesen Widerstand zu brechen!

Nicht zuletzt mit Blick auf die Flüchtlingsströme gewinnen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels an Bedeutung. Der Schutz der Opfer aus geschlechtsspezifischer Perspektive war ebenfalls Thema in der Mai-Sitzungswoche 2016: 69 Prozent der im Dreijahreszeitraum von 2010 bis 2012 erfassten Opfer wurden sexuell ausgebeutet, 19 Prozent mussten Zwangsarbeit verrichten und 12 Prozent erlitten andere Formen der Ausbeutung, etwa durch Organentnahmen. 67 Prozent der Opfer waren volljährige Frauen, 17 Prozent volljährige Männer, 13 Prozent minderjährige Mädchen und 3 Prozent minderjährige Jungen.

Frauenspezifische Aspekte von Migration und Asyl waren zum Internationalen Frauentag 2016 ein großes Thema, zu dem der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes einen zwölfseitigen Bericht vorgelegt und Mary Honeyball aus der SPE-Fraktion einen substanziellen Bericht ins Plenum eingebracht hatte. Beide bekräftigen

geschlechtsspezifische Fluchtgründe als asylberechtigend, betonen die spezifischen Risiken von Frauen auf der Flucht und bei der Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften, sie stellen die besonderen Anforderungen an die Integration von Frauen (und Minderjährigen) heraus und die Gewaltgefährdung. Da Deutschland zahlenmäßig die weitaus meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, ließe sich aus den europäischen Papieren zur Ausfüllung des Integrationsgesetzes ein schlüssiger Integrationsplan zur gesellschaftlichen Eingliederung von Frauen erstellen.

Es fehlt weitgehend an detaillierten Zahlen. Meist junge Männer sind mit etwa 80 Prozent meist deutlich in der Überzahl.

Auch die Kampagne „My Body – My Rights“ wird zum Dauerbrenner, seit die erzkonservativ-katholische Regierung in Polen das ohnehin schon restriktive Abtreibungsrecht auf null dezimieren möchte. Allerdings gibt es in Polen eine gewaltige Protestbewegung gegen den antidemokratischen Regierungskurs.

Die Unterstützung der SPE-Frauen ist in vielerlei Hinsicht gefragt. Dazu dienen auch die regelmäßigen Besuch der SPE-Vorstandsfrauen in den Ländern, die die jeweilige EU-Präsidentschaft innehaben mit Beteiligung der Genossinnen aus dem Mitgliedsland zu den örtlich wichtigsten gleichstellungspolitischen Themen. Über die Grenzen der EU hinaus beteiligen sich die SPE-Frauen an den Treffen der Progressiven Allianz, die seinerzeit in Leipzig aus der Taufe gehoben wurde. Auch mit den Frauen in den MENA-Ländern sind die SPE-Frauen in Kontakt, wobei sich außer in Tunesien kaum bis gar keine emanzipatorischen Fortschritte ergeben haben und auch Männer von Repressionen betroffen sind. Nachahmenswert ist allerdings die Quotenregelung in Algerien, nach der Parteien nicht an der Wahl teilnehmen dürfen, wenn sie nicht mit mindestens 30 Prozent Frauen aufwarten. Intensiviert wurde in den letzten zwei Jahren auch Die Zusammenarbeit mit der FEPS (Foundation for European Progressive Studies).

Eine Zäsur war die Jahreskonferenz der SPE-Frauen im Frühsommer 2015 in Budapest, als die Flüchtlingsbewegung noch nicht zur Krise aufgelaufen war, aber die Orban-Regierung sich bereits in vielem vom europäischen Wertekanon entfernt hatte. Die ungebrochen virulente Zita Gurmai wurde als Vorsitzende wiedergewählt, Gründungsmitglied der SPE-Frauen Karin Junker, Vorsitzende von 1992 bis 1999 und danach Mitglied des Vorstandes, wurde per Satzung zum Ehrenmitglied gekürt, Nachfolgerin im Vorstand wurde Elke Ferner, die sich nun zunehmend der internationalen Arbeit widmet. Mit tatkräftiger Hilfe der FEPS erschien ein üppig illustriertes Buch über die ersten 20 Jahre der SPE-Frauenorganisation.

Deutscher Frauenrat (DF)

Die Zusammenarbeit mit dem DF gestaltete sich während der letzten beiden Jahren besonders intensiv, da der 2014 vom DF angestoßene „Organisationsprozess“ eine Reihe zusätzlicher Aufgaben für die Mitgliedsverbände mit sich brachte, an denen sich die ASF aktiv beteiligte.

2014 wurde das traditionelle Präsidentinentreffen dafür genutzt, den Organisationsprozess vorzustellen, sowie Erwartungen und Ziele zu erarbeiten. Hierfür fanden vom 27. bis 28. Juni 2014 mehrere Workshops statt. Zur Eröffnung sprach Elke Ferner ein Grußwort, in dem sie die aktuelle Frauenpolitik erläuterte und die Ziele des Ministeriums darstellte. Da sie wegen anderer Termine an der weiteren Veranstaltung nicht teilnehmen konnte, vertrat Agnes Allroggen-Bedel die ASF in den anschließenden Workshops.

Die Mitgliederversammlung des DF vom 7. bis 9. im November 2014 setzte zur Begleitung des Organisationsprozesses eine Grundsatz- und eine Satzungskommission ein. Die ASF kandidierte für die Mitarbeit in der Satzungskommission, in der sie von Agnes Allroggen-Bedel vertreten wurde. Aufgabe dieser Kommission war es, der Mitgliederversammlung 2015 eine überarbeitete, auf mögliche organisatorische Veränderungen bereits vorbereitete Satzung vorzulegen. Die Satzung wurde der Mitgliederversammlung 2015 vorgelegt und mit wenigen Änderungen beschlossen.

An den Mitgliederversammlungen (7. bis 9. November 2014 und 6. bis 8. November 2015) nahm die ASF jeweils mit allen drei Delegierten und auch mit mehreren Anträgen teil. 2014 waren es vor allem Beschlüsse der ASF-Bundeskonzferenz 2014, die zu Anträgen für den DF (der im Gegensatz zur ASF auf extrem kurzen Anträgen besteht) umformuliert wurden. Alle von der ASF eingebrachten Anträge wurden bei beiden Mitgliederversammlungen nahezu unverändert beschlossen, beispielsweise die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (Beschluss der ASF Bundeskonferenz 1994).

Präsidentinnen-Treffen 2015

Da Elke Ferner als Bundesvorsitzende wegen wichtiger Verpflichtungen nicht am Präsidentinnen-Treffen teilnehmen konnte (Überschneidung mit der Konferenz der PES-Women in Budapest), wurde die ASF durch Brigitte Pless vertreten. Thema des Treffens am 12. bis 13. Juni 2015 war wiederum die neue Organisationsstruktur. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurde über die neue Zusammensetzung des Vorstandes, über Änderungen beim Ablauf der Mitgliederversammlung und über eine neue Öffentlichkeitsarbeit diskutiert. Die Ergebnisse wurden der Mitgliederversammlung 2015 als Beschlussvorschlag vorgelegt.

Auch an der Mitgliederversammlung 2016, die im Sommer (10. bis 12. Juni 2016) und erstmals unter den Bedingungen der neuen Organisationsstruktur stattfindet, werden wieder alle drei Delegierten der ASF teilnehmen (Agnes Allroggen-Bedel, Brigitte Pless, Margrit Zauner). Auch in der Antragskommission ist die ASF durch Agnes Allroggen-Bedel wieder vertreten.

Die ASF misst der Zusammenarbeit mit dem DF besondere Bedeutung bei. Einerseits kann hierbei die SPD, vertreten durch die ASF, in andere gesellschaftliche Gruppen hineinwirken (Gewerkschaften, Kirchen, Berufsverbände), andererseits findet sich in der Zusammenarbeit mit dem DF eine Bestätigung dafür, dass die politischen Ziele der ASF mehrheitsfähig sind und auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen getragen werden. Beispiele hierfür sind der Mindestlohn, den die Mitgliederversammlung des DF (auf Antrag der ASF) noch vor der SPD beschloss, die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, oder die Abschaffung des Ehegattensplittings, die beim DF längst Konsens ist.

UN Women

Der Kontakt zu UN Women wurde seitens der ASF weiter gepflegt, soweit dies angesichts sich überschneidender Termine möglich war. Agnes Allroggen-Bedel nahm an Veranstaltungen zur Auszeichnung eines Bildungsprogramms für Frauen in Afghanistan und an der Auftaktveranstaltung zum Internationalen Symposium „15 years of UNSC Resolution 1325 – No peace without women“ teil (am 24. November 2014 bzw. am 28. Oktober 2015, jeweils in Bonn).

Die Präsidentin von UN Women, Karin Nordmeyer, beteiligte sich auf Einladung des ASF-Bundesvorstands an der Diskussionsrunde „Starke Frauen für eine starke Welt“, die der

ASF-Bundesvorstand am 5. September 2015 in Mainz anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Weltfrauenkonferenz in Peking veranstaltete.

Vorstandsarbeit im Marie-Schlei-Verein e.V.

Der Marie-Schlei-Verein e.V. fördert Selbsthilfeprojekte von Frauen für Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Viel Engagement fließt in den Aufbau von partnerschaftlichen Beziehungen zu Frauengruppen in den jeweiligen Ländern und die Rückkoppelung dieser Aktivitäten um hier in Deutschland über die Rolle der Frauen in den unterstützten Ländern zu informieren. Die Projekte sind so unterschiedlich wie ihre Standorte – entwickelt und durchgeführt werden sie von einheimischen Frauenorganisationen mit dem Ziel Armut zu bekämpfen und Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.

Der Vorstand kommt jährlich zu fünf Sitzungen, vorwiegend in Hamburg, zusammen.

Zu den Aufgaben des Vorstands gehören vor allen die Projektberatung und -bearbeitung, die Kommunikation vor Ort, die Organisation und Durchführung von Seminaren, die Beschaffung von Projektmitteln und die Spenden- und Mitgliederakquise. Mit Veranstaltungen wie zuletzt am 9. April 2016 im Ohnsorg-Theater: „Wider die Hoffnungslosigkeit: Fluchtursachen bekämpfen – Entwicklungszusammenarbeit und Frauen stärken“ gelingt es immer wieder eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und zu sensibilisieren und Spenden einzuwerben.

Im Mittelpunkt der sehr aufwendigen und komplexen Arbeit standen in den Jahren 2014 und 2015 wieder die Projekte in den unterschiedlichsten Bereichen wie Gemüseanbau, Viehzucht, Milchwirtschaft handwerkliche Ausbildung und Businessmanagement etc.

Nach Möglichkeit werden die Projekte des Marie-Schlei-Vereins vor Ort besucht, so auch im Januar 2016 die vom Erdbeben betroffene Projekte in Nepal. Hier sind die beteiligten Frauen unterschiedlich betroffen: Viele haben das Erdbeben unbeschadet überstanden, andere neben Verwandten, Haus und Vieh auch das angebaute Gemüse oder zu verkaufende Handelsware und somit die Grundlage ihrer Existenz verloren. Hier wurde eine Projektverlängerung beantragt, um diesen Frauen zu helfen.

Die ASF unterstützt die Arbeit des Marie-Schlei-Vereins durch die Beteiligung von Verena Behrens, ASF-Landesvorsitzende in Bremen, als stellvertretende Vorsitzende im Vereinsvorstand und die ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner im Kuratorium des Marie-Schlei-Vereins.

7. Materialien/ Publikationen

Im Berichtszeitraum wurden folgenden Materialien durch den ASF-Bundesvorstand für die _Gliederungen über den SPD-Shop zur Verfügung gestellt:

Selbstdarstellungsflyer

Lesezeichen „Starke Frauen für eine Starke Welt“

Frauentags-Flyer „Starke Frauen für eine Starke Welt“ 2015

Frauentags-Flyer „Selbstbestimmt und frei von Gewalt leben – Frauen brechen auf“ 2016

Flyer „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ 2015

Flyer „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ 2016

Postkarten und Buttons „Zicke“, „Biest“, „Diva“

Alle Materialien wurden so erstellt, dass sie vielseitig verwendbar sind. Sie wurden eingesetzt insbesondere bei den Aktionen zum Frauentag und zum Equal Pay Day.

8. Vertretung der ASF bei Veranstaltungen Dritter (Auswahl)

Veranstaltungstag	Veranstaltung	Teilnehmende
23.06.2014	Arbeit-Familie-Teilhabe Hans-Böckler-Stiftung	Brigitte Pleß
9.10.2014	FidAR Forum IV Frauen in die Aufsichtsräte	Brigitte Pleß
4.11.2014	Fraktionsoffener Abend „Prostitution“ der SPD-Bundestagsfraktion	Brigitte Pleß
5.11.2014	Auftaktveranstaltung Equal Pay Day 2015 BMFSFJ	Brigitte Pleß
7.-19.11.2014	Teilnahme Mitgliederversammlung des DF	Brigitte Pleß Margrit Zauner Agnes Allroggen-Bedel
15.11.2014	Bezirkskonferenz Hessen-Süd Frankfurt	Elke Ferner
24.11.2014	Veranstaltung zur Auszeichnung eines Bildungsprogramms für Frauen in Afghanistan, UN Women Bonn	Agnes Allroggen-Bedel
17.1.2015	AG Treffen SPD Auswertung Parteireform für die AGs	Brigitte Pleß
28.1.2015	Konferenz „Change“ Terre des Femmes	Brigitte Pleß

22.2.2015	Kranzniederlegung anlässlich des 175. Geburtstages von August Bebel in Köln Deutz	Fatos Aytulun
27.2.2015	UN-Women - Mitgliederversammlung in Bonn	Fatos Aytulun
5.3.2015	Frauentagsempfang des BMFSFJ	Ulrike Häfner
6.3.2015	Ausstellungseröffnung „Schwestern zur Sonne zur Freiheit“ im WBH	Ulrike Häfner
8.3.2015	Empfang der Bundesministerin Schwesig zum 8.März	Brigitte Pleß
18.3.2015	Veranstaltung Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Thema Quote Potsdam	Elke Ferner
20.3.2015	Equal Pay Day am Brandenburger Tor in Berlin	Diverse Mitglieder Bundesvorstand
24.3.2015	Fraktionsoffener Abend zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen	Brigitte Pleß
25.3.2015	SPD-Fraktionsempfang zum 8. März	Brigitte Pleß
22.4.2015	Frauen in Führungspositionen Deutscher Juristinnenbund	Brigitte Pleß
24.4.2015	BarCamp Digital Leben	Diverse Mitglieder Bundesvorstand
29.4.2015	Umsetzung des Gesetzes Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen FidAR	Brigitte Pleß
April 2015	Fachveranstaltung „Alles selbst bestimmt - Funktionieren. Kontrollieren. Optimieren.“ 20 Jahre Netzwerk gegen Selektion durch Pränataldiagnostik Bremen	Evelyne Gebhardt

22.05.2015	Progressive Alliance-Konferenz „Gender Equality and Decent Work“, Input und Diskussion zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rotterdam	Elke Ferner
4.6.2015	Evangelischer Kirchentag Stand mit Jusos und AKC Stuttgart	Elke Ferner Agnes Allroggen-Bedel Ioanna Zacharaki
11.-13.6.2015	PES Women Konferenz Budapest	Elke Ferner
18.6.2015	Gut versorgt oder selbst versorgt. Dt. Versicherungswirtschaft	Brigitte Pleß
24.6.2015	Südpfalzgespräch „Wege in eine gleichberechtigte Arbeitswelt“ Bellheim	Elke Ferner
26.6.2015	CSD Empfang mit Fahnenaktion am WBH	Ulrike Häfner
9.7.2015	FidAR Forum VII	Brigitte Pleß
22.7.2015	Podiumsdiskussion „Frauen in die Politik“ Bischofsheim	Elke Ferner
6.-7.9.2015	Teilnahme Bundeskonferenz der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten	Brigitte Pleß
25.9.2015	Kamingespräch „Frauen an die Macht“ Lichtenfels	Elke Ferner
8.10.2015	25 Jahre Deutsche Einheit - Frauen der ersten Stunde	Ulrike Häfner
17.10.2015	Vorwärts-Stand bei Frankfurter Buchmesse, Gespräch mit Autorin Katrin Rönicke Frankfurt	Elke Ferner

28.10.2015	Auftaktveranstaltung UN Women zum Internationalen Symposium „15 years of UNSC Resolution 1325 – No peace without women“ teil Bonn	Agnes Allroggen-Bedel
3.11.2015	Übergabe Unterschriften an BMJ „Nein heißt Nein“	Brigitte Pleß
4.11.2015	Umsetzung Gesetz Gleichberechtigte Teilhabe... Wissenschaftszentrum Berlin	Brigitte Pleß
6.-8.11.2015	Teilnahme Mitgliederversammlung des DF	Brigitte Pleß Margrit Zauner Agnes Allroggen-Bedel
9.11.2015	FES Veranstaltung zu Peking 20+ in Erfurt	Heidrun Sachse Agnes Allroggen-Bedel
12.11.2015	Europäische Gleichstellungspolitik der FES Kampagne Frauenarmut BAG Kommunale Gleichstellungsbeauftragte	Brigitte Pleß
19.-20.11.2015	Progressive Alliance-Konferenz „Social Justice and Equal Opportunites for All“ Input und Diskussion zum Thema Soziale Gerechtigkeit Rabat (Marokko)	Elke Ferner
21.11.2015	ASF-Nord-Treffen: in Hamburg	Cornelia Östreich
13.01.2016	Senatsfrühstück aus Anlass des 75. Geburtstags von Christa Randzio Plath	Agnes Allroggen-Bedel
14.1.2016	Frauen in Flüchtlingsunterkünften. Dt. Institut für Menschenrechte	Brigitte Pleß
31.1.2015	Premiere & Matinee SUFFRAGETTE - Taten statt Worte, Kino International	Ulrike Häfner

12.2.2016	Filmabend „Suffragette – Taten statt Worte“ und Diskussion zum Frauenwahlrecht Wiesloch-Walldorf	Elke Ferner
17.2.2016	Frauentagsempfang der SPD-Bundestagsfraktion	Heidrun Sachse
8.3.2016	Frauenpolitisches Frühstück des DGB, Thema Geflüchtete Frauen Saarbrücken	Elke Ferner
3.-4.6.2016	Teilnahme Mitgliederversammlung des DF	Brigitte Pleß Margrit Zauner Agnes Allroggen-Bedel